

**Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse
der 32. ordentlichen Hauptversammlung der CPI Europe AG
vom 20. Mai 2025**

Tagesordnungspunkt 1

Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses samt Lagebericht, des konsolidierten Corporate Governance-Berichts, des Konzernabschlusses samt Konzernlagebericht, des Vorschlags für die Gewinnverwendung und des vom Aufsichtsrat erstatteten Berichts, jeweils für das Geschäftsjahr 2024.

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist keine Beschlussfassung erfolgt.

Keine Beschlussfassung.

Tagesordnungspunkt 2

Beschlussfassung über die Verwendung des im Jahresabschluss 2024 ausgewiesenen Bilanzgewinns.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

Der im Jahresabschluss der CPI Europe AG zum 31. Dezember 2024 ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von EUR 475.541.269,55 wird zur Gänze auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.830.782

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,48 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.830.782

JA 108.605.210 Stimmen.

NEIN 225.572 Stimmen.

ENTHALTUNG 1 Stimme.

Tagesordnungspunkt 3

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 2024.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

Den Mitgliedern des Vorstands wird für das Geschäftsjahr 2024 die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.616.667

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,33 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.616.667

JA 108.612.514 Stimmen.

NEIN 4.153 Stimmen.

ENTHALTUNG 214.166 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 4

Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wird die Entlastung für das Geschäftsjahr 2024 erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.617.256

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,33 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.617.256

JA 107.564.067 Stimmen.

NEIN 1.053.189 Stimmen.

ENTHALTUNG 213.577 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 5

Wahl des Abschlussprüfers für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2025 sowie des Prüfers des konsolidierten Nachhaltigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2025.

- a) Wahl des Abschlussprüfers für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2025.

Folgender Beschluss wurde gefasst:



Die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., Wagramer Straße 19, 1220 Wien, wird zum Abschlussprüfer und Konzernabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2025 bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.832.188

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,48 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.832.188

JA 108.816.122 Stimmen.

NEIN 16.066 Stimmen.

ENTHALTUNG 97 Stimmen.

b) Wahl des Prüfers des konsolidierten Nachhaltigkeitsberichts für das Geschäftsjahr 2025.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

Die Ernst & Young Wirtschaftsprüfungsgesellschaft m.b.H., Wagramer Straße 19, 1220 Wien, wird zum Prüfer des konsolidierten Nachhaltigkeitsberichts der CPI Europe AG für das Geschäftsjahr 2025 gewählt, dies jedoch unter der Voraussetzung, dass der Nachhaltigkeitsbericht aufgrund gesetzlicher Vorschriften verpflichtend durch einen externen Prüfer zu prüfen ist.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.632.285

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,34 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.632.285

JA 108.619.438 Stimmen.

NEIN 12.847 Stimmen.

ENTHALTUNG 0 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 6

Beschlussfassung über den Vergütungsbericht für die Bezüge der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2024.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

Der Vergütungsbericht für die Bezüge der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2024, wie dieser zur Vorbereitung der Hauptversammlung auf der Internetseite der Gesellschaft (www.cpi-europe.com) zugänglich gemacht ist, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.630.344

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,34 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.630.344

JA 104.627.903 Stimmen.

NEIN 4.002.441 Stimmen.

ENTHALTUNG 1.941 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 7

Beschlussfassung über Ermächtigungen des Vorstands zum Rückerwerb und der Veräußerung eigener Aktien der Gesellschaft auch auf andere Art als über die Börse oder öffentliches Angebot, auch verbunden mit der Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des allgemeinen Andienungs- und Kaufrechts der Aktionäre (Ausschluss des Bezugsrechts) samt Ermächtigung zur Aktieneinziehung.

Folgender Beschluss wurde gefasst:

1. Die in der 31. ordentlichen Hauptversammlung vom 29. Mai 2024 erteilte Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien im nicht ausgenutzten Umfang wird aufgehoben und der Vorstand wird gleichzeitig gemäß § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und Abs 1b AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10% des Grundkapitals der Gesellschaft sowohl über die Börse oder öffentliches Angebot als auch auf andere Art, auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Andienungsrechts der Aktionäre, das mit einem solchen Erwerb einhergehen kann, zu erwerben. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Die wiederholte Ausnutzung der Ermächtigung ist zulässig. Die Ermächtigung ist vom Vorstand in der Weise auszuüben, dass der mit dem von der Gesellschaft aufgrund dieser Ermächtigung oder sonst erworbenen Aktien verbundene Anteil des Grundkapitals zu keinem Zeitpunkt 10% des Grundkapitals übersteigen darf. Der Gegenwert je Stückaktie darf die Untergrenze in Höhe von EUR 1,00 nicht unterschreiten. Der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert je Stückaktie darf nicht mehr als 15% über dem durchschnittlichen nach den jeweiligen Handelsvolumina gewichteten Tages-Schlusskurs der Aktien der Gesellschaft der vorangegangenen 10 Handelstage an der Wiener Börse vor der Vereinbarung des jeweiligen Erwerbs liegen. Im Falle eines öffentlichen Angebots ist der Stichtag für das Ende des Durchrechnungszeitraums der Tag, an dem die Absicht bekannt gemacht wird, ein öffentliches Angebot zu stellen (§ 5 Abs 2 und 3 ÜbG). Erfolgt im Rahmen von Finanzierungsgeschäften (etwa Pensions-

oder Swapgeschäften) oder Wertpapierleihe- oder Wertpapierdarlehensgeschäften eine Veräußerung und ein Rückerwerb von eigenen Aktien durch die Gesellschaft, gilt der Veräußerungspreis zuzüglich einer angemessenen Verzinsung als höchster Gegenwert für den Rückerwerb.

2. Die in der 31. ordentlichen Hauptversammlung vom 29. Mai 2024 erteilte Ermächtigung des Vorstands zur Veräußerung eigener Aktien wird im nicht ausgenutzten Umfang aufgehoben und der Vorstand wird gleichzeitig für die Dauer von 5 Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates eigene Aktien der Gesellschaft auch auf andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zu veräußern oder zu verwenden und hierbei auch das quotenmäßige Kaufrecht der Aktionäre auszuschließen (Ausschluss des Bezugsrechts). Die Ermächtigung kann einmal oder mehrmals, ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden.
3. Die in der 31. ordentlichen Hauptversammlung vom 29. Mai 2024 erteilte Ermächtigung des Vorstands zur Einziehung eigener Aktien im nicht ausgenutzten Umfang wird aufgehoben und der Vorstand wird gleichzeitig ermächtigt, ohne weitere Befassung der Hauptversammlung, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien einzuziehen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Einziehung von Aktien ergeben, zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.627.966

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,34 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.627.966

JA 108.527.371 Stimmen.

NEIN 100.595 Stimmen.

ENTHALTUNG 4.319 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 8

Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen und zu bedingtem Kapital.

Ermächtigung des Vorstandes zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen und Ausschluss des Bezugsrechts, verbunden mit dem Widerruf der bestehenden Ermächtigung des Vorstandes zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen im nicht ausgenutzten Umfang sowie Aufhebung von bestehendem bedingtem Kapital im nicht ausgenutzten Umfang gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 29.05.2024 (§ 4 Abs (5) der Satzung) und bedingte Kapitalerhöhung (§ 159 Abs 2 Z 1 AktG) sowie die entsprechenden Änderungen der Satzung in § 4 (Grundkapital und Aktien).

Folgender Beschluss wurde gefasst:

1. Die in der ordentlichen Hauptversammlung vom 29. Mai 2024 erteilte Ermächtigung des Vorstands zur Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen wird im nicht ausgenutzten Umfang aufgehoben und der Vorstand wird gleichzeitig ermächtigt, binnen fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrates Wandelschuldverschreibungen bis zu einem Gesamtnennbetrag von insgesamt EUR 613.065.721,40, mit denen Umtausch- und/oder Bezugsrechte auf bis zu 13.866.971 Stück auf Inhaber lautende Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu EUR 13.866.971,00 verbunden sind, auch in mehreren Tranchen auszugeben und alle weiteren Bedingungen, die Ausgabe und das Umtauschverfahren der Wandelschuldverschreibungen festzusetzen. Die Wandelschuldverschreibungen können gegen Barleistung und auch gegen Sacheinlagen ausgegeben werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre ist ausgeschlossen. Die Ermächtigung zur Emission von Wandelschuldverschreibungen kann auch wiederholt ausgenutzt werden. Dabei darf die Summe aus (i) den an Inhaber von Wandelschuldverschreibungen gemäß dieser Ermächtigung bereits gelieferten Aktien und (ii) den Aktien, für die Umtausch- und/oder Bezugsrechte aus bereits emittierten und im Rahmen der Wiederausnutzung zu emittierenden Wandelschuldverschreibungen ausgeübt werden können, die in diesem Beschluss festgesetzte Höchstzahl nicht übersteigen. Gleiches gilt sinngemäß für den in dieser Ermächtigung festgelegten Gesamtnennbetrag der Wandelschuldverschreibungen. Die Umtausch- und/oder Bezugsrechte können durch bedingtes Kapital, durch genehmigtes Kapital, aus eigenen Aktien oder im Wege einer Lieferung durch Dritte, oder einer Kombination daraus, bedient werden.

2. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, nach Maßgabe der aktienrechtlichen Bestimmungen die Ausgabe- und Ausstattungsmerkmale sowie die Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen, insbesondere Zinssatz, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung, Verwässerungsschutzbestimmungen, Wandlungszeitraum und/oder -zeitpunkt, Wandlungsrechte und/oder -pflichten, Wandlungsverhältnis sowie Wandlungspreis und Umtausch- und/oder Bezugsbedingungen zu bestimmen. Insbesondere können folgende Bedingungen (oder eine Kombination daraus) vorgesehen werden:
 - (i) eine in bar zu leistende Zuzahlung und die Zusammenlegung oder eine Barabfindung für nicht wandlungsfähige Spitzen;
 - (ii) ein fixes oder ein variables Wandlungsverhältnis oder eine Bestimmung des Wandlungspreises innerhalb einer vorgegebenen Bandbreite in Abhängigkeit von der Entwicklung des Kurses der Aktien der Gesellschaft während der Laufzeit der Wandelschuldverschreibung;

- (iii) das Recht der Gesellschaft, im Falle der Wandlung (Ausübung des Umtausch- und/oder Bezugsrechts) nicht Aktien zu gewähren, sondern eine angemessene, am Kurs der Aktien der Gesellschaft orientierte Barabfindung zu bezahlen;
 - (iv) das Recht der Gesellschaft, die Wandelschuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen und den Wandelschuldverschreibungsgläubigern den Ausgabepreis der Wandelschuldverschreibungen und auch eine Abgeltung für die vorzeitige Beendigung zu leisten;
 - (v) das Recht der Wandelschuldverschreibungsgläubiger, die Wandelschuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen und den Ausgabepreis der Wandelschuldverschreibungen und allenfalls auch eine Abgeltung bei vorzeitiger Kündigung zu erhalten; oder
 - (vi) eine Wandlungspflicht (Umtausch- und/oder Bezugspflicht) zum Ende der Laufzeit (oder zu einem anderen Zeitpunkt) oder das Recht der Gesellschaft, den Wandelschuldverschreibungsgläubigern ganz oder teilweise Aktien der Gesellschaft zu gewähren.
3. Die Wandelschuldverschreibungen können auch durch eine zu 100% direkt oder indirekt im Eigentum der CPI Europe AG stehende Gesellschaft ausgegeben werden; für diesen Fall wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, für die Gesellschaft eine Garantie für die Wandelschuldverschreibungen zu übernehmen und im Falle der Wandlung Aktien der Gesellschaft zu gewähren.
4. Der Preis der Wandelschuldverschreibungen ist unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden in einem marktüblichen Preisfindungsverfahren zu ermitteln. Der Preis (Ausgabebetrag) einer Wandelschuldverschreibung ist dabei insbesondere aus dem Preis (Ausgabebetrag) einer festverzinslichen Schuldverschreibung sowie dem Preis für das Wandlungsrecht unter Berücksichtigung der sonstigen Ausstattungsmerkmale zu bestimmen. Der Ausgabekurs einer Schuldverschreibung wird auf Grundlage marktüblicher Berechnungsmethoden nach Maßgabe der Fälligkeit der Schuldverschreibung, der Verzinsung der Schuldverschreibung, des aktuellen Marktzinssatzes sowie unter Berücksichtigung der Kreditqualität der Gesellschaft ermittelt. Die Berechnung des Werts des Wandlungs- und/oder Bezugsrechts erfolgt mit den Methoden der Optionspreisberechnung, insbesondere unter Berücksichtigung der Fälligkeit/Ausübungszeit, der Kursentwicklung der Aktie (Volatilität) oder sonstiger Finanzkennzahlen und des Verhältnisses des Wandlungs- und/oder Bezugspreises zum Kurs der Aktien der Gesellschaft. Weitere Ausstattungsmerkmale, etwa vorzeitige Kündigungsrechte, eine Wandlungspflicht, ein fixes oder variables Wandlungsverhältnis sind zu berücksichtigen.
5. Der Ausgabebetrag der bei Wandlung (Ausübung des Umtausch- und/oder Bezugsrechts) auszugebenden Aktien und das Bezugs- und/oder Umtauschverhältnis sind unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft zu ermitteln (Grundlagen der Berechnung des

Ausgabebetrags); der Ausgabebetrag darf nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen.

6. Die in der Hauptversammlung vom 29. Mai 2024 beschlossene bedingte Kapitalerhöhung (§ 159 Abs 2 Z 1 AktG) um bis zu EUR 13.866.971,00 zur Ausgabe von bis zu 13.866.971 Stück neuen Aktien der Gesellschaft (§ 4 Abs (5) der Satzung) wird aufgehoben.
7. Das Grundkapital wird gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG um bis zu EUR 13.866.971,00 durch Ausgabe von bis zu 13.866.971 Stück neuen auf Inhaber lautende Stückaktien bedingt erhöht. Der Zweck der bedingten Kapitalerhöhung ist die Ausgabe von Aktien an Inhaber von auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 20. Mai 2025 ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen. Der Ausgabebetrag und das Umtausch- und/oder Bezugsverhältnis sind unter Berücksichtigung marktüblicher Berechnungsmethoden sowie des Kurses der Aktien der Gesellschaft zu ermitteln (Grundlagen der Berechnung des Ausgabebetrags); der Ausgabebetrag darf nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung (insbesondere Ausgabebetrag, Inhalt der Aktienrechte, Zeitpunkt der Dividendenberechtigung) festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem bedingten Kapital ergeben, zu beschließen.
8. Die Satzung wird im § 4 (Grundkapital und Aktien) Abs (5) in der Weise geändert, dass dieser den Wortlaut entsprechend dem Satzungstext erhält, der den Aktionären gemäß § 108 Abs 4 AktG zur Vorbereitung der Hauptversammlung auf der Internetseite der Gesellschaft (www.cpi-europe.com) zugänglich gemacht wurde.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.632.285

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,34 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.632.285

JA 108.349.797 Stimmen.

NEIN 282.488 Stimmen.

ENTHALTUNG 0 Stimmen.

Tagesordnungspunkt 9

Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands zur Kapitalerhöhung gemäß § 169 AktG (genehmigtes Kapital) gegen Bar- und/oder Sacheinlage samt Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des Bezugsrechts, verbunden mit dem Widerruf der bestehenden Ermächtigung zur Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital) im nicht ausgenutzten Umfang und jeweils die entsprechenden Änderungen der

Satzung in § 4 (Grundkapital und Aktien).

Folgender Beschluss wurde gefasst:

1. Die in der ordentlichen Hauptversammlung vom 29. Mai 2024 beschlossene Ermächtigung des Vorstands gemäß § 169 AktG, das Grundkapital bis zum 08. Oktober 2029 um bis zu EUR 69.334.855,00 zu erhöhen, wird im nicht ausgenutzten Umfang widerrufen und durch folgende Ermächtigung ersetzt:

Der Vorstand wird für die Dauer von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu EUR 69.334.855,00 durch Ausgabe von bis zu 69.334.855 Stück neuen auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft gegen Bar und/oder Sacheinlagen auch in mehreren Tranchen zu erhöhen und den Ausgabebetrag, der nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen darf, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen sowie allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionären zum Bezug anzubieten. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre ganz oder teilweise auszuschließen. Auf die Summe der nach dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre gegen Bareinlagen ausgegebenen Aktien darf rechnerisch ein Anteil am Grundkapital von insgesamt nicht mehr als EUR 13.866.971,00, das entspricht 10% (zehn Prozent) des Grundkapitals der Gesellschaft, entfallen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

2. Die Satzung wird im § 4 (Grundkapital und Aktien) Abs (4) in der Weise geändert, dass dieser den Wortlaut entsprechend dem Satzungstext erhält, der den Aktionären gemäß § 108 Abs 4 AktG zur Vorbereitung der Hauptversammlung auf der Internetseite der Gesellschaft (www.cpi-europe.com) zugänglich gemacht wurde.

Abstimmungsergebnis:

Zahl der Aktien, für die gültige Stimmen abgegeben wurden: 108.631.990

Anteil des durch diese Stimmen vertretenen Grundkapitals: 78,34 %

Gesamtanzahl der abgegebenen gültigen Stimmen: 108.631.990

JA 104.085.498 Stimmen.

NEIN 4.546.492 Stimmen.

ENTHALTUNG 0 Stimmen.